
Was wir von Schweden lernen können

Ein Nachwort zu Gunnar Myrdals Artikel von Egon Matzner

Der Aufsatz Gunnar Myrdals, der im Jahre 1978 in der Fachzeitschrift „*Ekonomisk Debatt*“ veröffentlicht wurde, hat in Schweden große Aufmerksamkeit und Wirkung erzielt, weil er etwas in Frage stellt, was vermutlich schon die Mehrzahl der Bürger fühlte, was aber für die Experten und die Politiker, die nicht der konservativen Partei angehörten, als Tabu galt: nämlich die Rationalität eines Steuersystems, das schon relativ niedrige Einkommen hoch und progressiv besteuert. Erst seither ist eine umfassende Diskussion des Steuersystems in Gang gekommen. Der Aufsatz Myrdals hat aber auch für andere Industriegesellschaften mit einem modernen Wohlfahrts- und Interventionsstaat seine Bedeutung. Er weist auf die unbeabsichtigten schädlichen Wirkungen hin, die in der Gesellschaft eintreten können, wenn ein Weg der Gesellschaftspolitik, der zunächst sehr segensreich war, über die Jahrzehnte hin unverändert begangen und ausgebaut wird. Es ist anzunehmen, daß in anderen Ländern eine solche Entwicklung bereits früher eintritt als in Schweden, das ja, wie Gunnar Myrdal feststellt, einmal für seine sprichwörtliche Ehrlichkeit bekannt war. Vor allem in Österreich gibt es gute Gründe, den Aufsatz Myrdals genau zu studieren und danach zu prüfen, ob hier nicht bereits ähnliche Erscheinungen beobachtet werden können. Bei einem solchen Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß zwischen dem österreichischen und dem schwedischen Steuersystem wichtige Unterschiede bestehen. Drei Faktoren sollen hervorgehoben werden, weil ihr quantitatives Auftreten die Qualität des Steuersystems beeinflußt. Es sind dies:

1. Die Steuerbelastung des Volkseinkommens, die 1979 einschließlich Sozialversicherungsbeiträge in Schweden 53,1 Prozent und in Österreich 40,7 Prozent des Bruttonationalprodukts ausmachte.
2. Der Anteil der direkten Steuern ist in Schweden beträchtlich höher.

als in Österreich, (66 : 47), jener der indirekten Steuern wesentlich niedriger (34 : 53).

3. Das System der Ermittlung der Einkommensteuer. Während in Österreich nur jene eine Einkommensteuererklärung abgeben müssen, die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit oder aus Vermögensbesitz erzielen, sind in Schweden auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Einkommen aus Unternehmungen oder Vermögensbesitz verpflichtet, jährlich eine Einkommensteuererklärung abzugeben. Angesichts der Höhe der Progression, die 85 Prozent bei einem Jahreseinkommen von 600 000 Schilling erreicht und selbst bei einem Jahreseinkommen von etwa 250 000 Schilling, das von einem Industriearbeiter erreichbar ist, bereits über 50 Prozent liegt, ist der Anreiz, alle Möglichkeiten der legalen und illegalen „Steuervermeidung“ auszunützen, besonders hoch. Dazu kommt, daß die Schuldzinsen von der Steuerbemessungsgrundlage sowie die kommunale Einkommensteuer von der Steuerschuld abzugsfähig sind. Von beiden geht eine eindeutig regressive Wirkung aus, die der Vorstellung der Steuergerechtigkeit bei denjenigen entgegenläuft, die wegen ihrer geringen Einkommen einen geringen Gewinn aus diesen Bestimmungen ziehen können.
4. Schließlich gibt es eine hohe Besteuerung des Konsums in Form einer allgemeinen Mehrwertsteuer (derzeit 21 Prozent) und eine außerordentlich hohe spezielle Verbrauchsbesteuerung bei Alkohol, Tabak, Benzin, u. ä., die bei den ersten beiden Produkten den Anreiz der „Steuervermeidung“ sehr stark fördern.

Wenn aus der schwedischen Situation eine allgemeine Schlußfolgerung gezogen werden kann, dann ist es diese: Das für die Finanzierung eines entwickelten Wohlfahrtsstaates notwendige Niveau von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen ist nur mit Zustimmung der Bevölkerung realisierbar, wenn ein besonderes Augenmerk auf deren Bestimmung und Einhebung gelegt wird. Dazu kommt, daß das Angebot und die Inanspruchnahme von Wohlfahrtseinrichtungen und -leistungen einer Überprüfung im Hinblick auf die Rationalität ihrer Organisationsform unterworfen werden sollte, da durchaus nicht einsichtig ist, daß die jetzige Form bedarfsgerecht und kostengünstig ist. Das weist auf ein Thema hin, daß Gunnar Myrdal bereits 1958 in seinem Buch „Beyond the Welfare State“ (London 1958) angeschnitten hat und in dem es heißt: „Ich kann nicht glauben, daß das souverän gewordene Volk seinen Wohlfahrtsstaat als jenen grauen bürokratischen, hochzentralisierten Apparat, der durch geschickte und einflußreiche Manager und Interessensgruppen manipuliert wird, belassen will. Das wird eben aus dem Wohlfahrtsstaat, wenn er nicht durch eine immer intensivere Partizipation der Bürger belebt wird.“ Diese „nächste Phase“ der Entwicklung und Vollendung des Wohlfahrtsstaates könnte nach Myrdal eine allmähliche Verringerung der direkten Staatsinterventionen dadurch herbeiführen, daß die Bevölkerung dazu ermuntert wird, ihre eigenen Interessen innerhalb genereller vom demokratischen Staat festgelegten Richtlinien wahrzunehmen.